

Interview im NDR Info zum Thema „Aufnahmelager nicht diskriminierend“ am 22. Juli 2015 mit Dr. Gerd Landsberg, Hauptgeschäftsführer des Deutschen Städte- und Gemeindebundes

Kirsten Kahler

Es steht nach wie vor diese Idee im Raum, extra Aufnahmelager zu schaffen für Flüchtlinge aus den Balkanstaaten, weil man ja eben genau wisse, dass die mit einer hohen Wahrscheinlichkeit wieder abgelehnt würden. Und deshalb jetzt also an Sie, Herr Landsberg, die Frage: „Was halten Sie von diesem Vorschlag?“

Dr. Landsberg

Also grundsätzlich haben wir ja auf dem Flüchtlingsgipfel mit der Kanzlerin, mit den Ländern und den Kommunen vereinbart, die Asylverfahren müssen schneller gehen und wir müssen differenzieren zwischen Menschen, die keine Bleibeperspektive haben und denen, die aus den Bürgerkriegsländern kommen. Und wir haben auch gesagt, das hat eine organisatorische Komponente. Also mehr Entscheider, schnellere Verfahren. Und dazu kann selbstverständlich auch gehören dass man sagt, diesem Personenkreis, dafür schaffen wir eigene Erstaufnahmeeinrichtungen. Ob das sinnvoll ist, das wird sicherlich von Land zu Land unterschiedlich beurteilt. Für die kommunale Seite ist etwas ganz anderes entscheidend. Wir wollen, dass die Menschen erst auf die Kommunen verteilt werden, wenn sie Asyl haben. Dann sollen sie sofort arbeiten können, dann beginnt die Integration. Das wird für einen Großteil der Balkanflüchtlinge wohl nicht gelten, weil sie keine Bleibeperspektive haben. Insofern ist das ein möglicher Ansatz und ehrlich gesagt, diese politische Aufregung, die jetzt über diese Entscheidung aus Bayern da geführt wird, die halte ich nicht für besonders zielführend. Man kann das auch anders machen. Beides hat Vor- und Nachteile.

Kirsten Kahler

Ja, aber das Institut für Menschenrechte zum Beispiel sagt, so eine Absonderung von Menschen aufgrund ihrer Herkunft sei diskriminierend. Und so etwas könne sich ja ein Staat wie Deutschland nicht leisten.

Dr. Landsberg

Also ich halte das nicht für diskriminierend. Wenn sichergestellt ist, und das ist es aus meiner Sicht, dass sie einen Anspruch auf eine individuelle Prüfung haben. Dass sie den normalen Rechtsschutz also bis zum Verwaltungsgericht oder Oberverwaltungsgericht haben, das will ihnen niemand abschneiden. Man muss mal auch sehen, wenn die Menschen in eine, ich nenn es mal eine normale Erstaufnahmeeinrichtungen kommen, dann gibt es natürlich auch Konkurrenz. Dann schauen die möglicherweise voller Neid auf die Bürgerkriegsflüchtlinge, die natürlich auch ein schweres Schicksal hinter sich haben und sehen, Mensch, bei dem wird schnell entschieden und die kriegen Asyl und ich krieg es wahrscheinlich nicht. Also, beide Lösungen haben Vor- und Nachteile. Das müssen die Länder für sich entscheiden, welchen Weg sie da gehen wollen. Aber einseitig zu sagen, das geht gar nicht und das ist diskriminierend, das kann ich nicht erkennen.

Kirsten Kahler

Sie haben ja selber auch schon in einem anderen Interview gesagt, ja, es könne sein, wenn da lauter Menschen zusammensitzen, die wissen, dass sie wieder

abgeschoben werden, dann könnte das dort die Atmosphäre beeinträchtigen. Hätten Sie denn eine Idee, wie man so etwas dann doch wieder entzerren kann?

Dr. Landsberg

Also man muss es entzerren, indem man den Menschen klar macht, ihr habt hier zwar nach unserem Asylrecht wahrscheinlich keine Bleibeperspektive, aber wir helfen euch für eine Arbeits- und Lebensperspektive in den Herkunftsländern. Das kann Deutschland nicht alleine. Das sollten wir mit der EU machen; dafür gibt es auch übrigens auch Strukturmittel. Und auch die Regierungschefs der Herkunftsländern – also aus dem Südbalkan – haben gar kein Interesse, dass diese Menschen alle nach Westen oder nach Deutschland gehen, weil meistens ist das natürlich schon auch die Elite, die dort ja letztlich auch gebraucht wird.

Kirsten Kahler

Ja. Es gibt ja noch andere Ideen, wie man Städte und Gemeinden von den Flüchtlingen entlasten kann, denn das sind ja doch die Orte, an denen die Flüchtlinge am Ende dann wohnen und bleiben und da gab es die Idee aus Hamburg, das Procedere zu erleichtern indem man Flüchtlinge für die Zeit nach der Anerkennung in Nachbarbundesländern unterbringt, also jetzt eine völlig andere Idee, aber auch eine Idee dieser Woche. Was ist Ihre Position dazu?

Dr. Landsberg

Also sicher ist es sinnvoll, das auf die Länder gleichmäßig zu verteilen. Bisher haben wir den sogenannten Königsteiner Schlüssel. Ob der dem immer gerecht wird, das ist ja gerade für Stadtstaaten wie Hamburg schwierig. Da muss es gegebenenfalls bilaterale Verhandlungen auch mit den Nachbarländern geben. Aber im Prinzip wird man an dieser Verteilung festhalten. Und man wird natürlich auch schauen müssen, wo haben die denn eine Arbeitsperspektive. Das finde ich mindestens genauso wichtig. Denn in dem Moment, wo ein Flüchtling anerkannt ist und in Arbeit ist, ist eigentlich das Problem, vielleicht nicht endgültig, aber doch kurzfristig gelöst und deswegen muss man das auch im Blick haben, wo finden diese Leute Arbeit. Es sind ja nicht alle unqualifizierte Leute. Gerade aus Syrien kommen Leute, die nach einer Sprachorientierung hier durchaus einen guten Job finden werden.